

Niederschrift über die Sitzung
am 23.11.2005

Tagungsort: Altes Rathaus, Erdgeschoss, Nowgorod - Raum

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:30 Uhr

Anwesend:

SPD-Fraktion

Frau Biermann

Herr Tsapos

Bündnis90/Die Grünen-Fraktion

Frau Rathsmann-Kronshage

Migrationsrat

Frau Adilovic-Berends

Herr Düger

Herr Erarslan

Herr Koyun

Herr Mazaca

Herr Sezen

Herr Tas

Herr Tasar

Frau Xavier

Herr Aka

Frau Argyriadou

Herr Sever

Von der Verwaltung

Frau Irmer, Büro Oberbürgermeister

Frau Buddemeier, Gleichstellungsstelle

Frau Grewe, Ausländerbeauftragte

Frau Sonnenberg, RAA

Herr Laustoer, Kulturamt

Entschuldigt fehlen

Herr Önder

Frau Pohlreich

Frau Cascante

Gäste

Frau Rosendahl, Frauennotruf

Frau Dyllong, Frauennotruf

Frau Knopp Frauennotruf

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

* Migrationsrat - 23.11.2005 - öffentlich - TOP 1 - Drucksache *-.-.-

Zu Punkt 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.09.05

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung am 28.09.05 wird genehmigt.

- einstimmig -

* Migrationsrat - 23.11.2005 - öffentlich - TOP 2 - Drucksache *-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

- Herr Düger teilt mit, dass das Projekt des Naturkundemuseums für ausländische Familien auf gute Resonanz gestoßen sei. Herr Cetin bedanke sich für die finanzielle Unterstützung des Migrationsrates bei allen Mitgliedern.
- Ferner bringt Herr Düger sein Bedauern zum Ausdruck, dass die Mitglieder des Migrationsrates an der Feier der RAA zum 10-jährigen Bestehen am 15.11.05 nicht teilgenommen haben.
- Frau Adilovic-Berends informiert die Mitglieder über die Seminare der LAGA in Bonn.
- Frau Grewe teilt mit, die interkulturelle Berufs- und Informationsbörse am 17.11.05 war sehr gut besucht. Ferner berichtet sie über eine Veranstaltung deutsch - türkischen Unternehmerclubs zu Möglichkeiten der beruflichen Ausbildung. Das Treffen wurde von Herrn Aka organisiert.
- Herr Erarslan weist auf ein Treffen der Vertreter der muslimischen Gemeinde mit Vertretern der Landesregierung am 19.11.05 hin. Hier soll ein christlich - islamischer Dialog verankert werden.
- Herr Sever thematisiert die Beschwerde über kieselrotbelastete Sportplätze, auf denen ausländische Mannschaften spielen. Ob eine Diskriminierung und Ausgrenzung dieser Vereine vorläge, konnte nicht herausgefunden werden. Trotz mehrfacher Bemühungen kam es nicht zu einem Kontakt mit den Vereinen. Deswegen sehe er momentan keine Möglichkeit des Tätigwerdens des Migrationsrates.
- Frau Buddmeier macht die Mitglieder auf eine Aktion gegen Zwangsverheiratung aufmerksam. Sie appelliert an die Mitglieder, diesen Aufruf gegen die Zwangsverheiratung zu unterstützen. Darüber hinaus wird der Aufruf gegen Zwangsverheiratung auch vom Oberbürgermeister Herrn David unterstützt. Frau Ratsmann-Kronshage begrüßt diese Initiative und hält eine offene Unterstützung von Seiten des Migrationsrates für wichtig. Die männlichen Mitglieder des Migrationsrates unterschreiben den vorgelegten öffentlichen Aufruf gegen Zwangsverheiratung.

* Migrationsrat - 23.11.2005 - öffentlich - TOP 3 - Drucksache *-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

Zu Punkt 5

Einrichtung einer Stadtteilkonferenz für den Stadtbezirk Brackwede (Antrag der Bündnis 90/Die Grünen - Fraktion vom 10.10.2005)

Frau Grewe stellt einen Antrag der Bündnis 90/ die Grünen an die Bezirksvertretung Brackwede vor. Es wird für die Einrichtung einer Stadtteilkonferenz für Brackwede plädiert. Die anvisierte Stadtteilkonferenz solle sich überwiegend mit Migrations- und Integrationsfragen beschäftigen. An der Konferenz sollen Vertreter der agierenden Institutionen in dem Stadtteil wie auch der Migrationsrat und das Interkulturelle Büro teilnehmen. Einmal jährlich solle ein Bericht über die Arbeitsergebnisse dieser Konferenz der Bezirksvertretung übermittelt werden.

Herr Sever teilt mit, dass der Vorstand im Voraus die Unterstützung des Migrationsrates für die Einrichtung einer Stadtteilkonferenz in Brackwede zugesagt habe. Integrationspolitik in der Kommune könne nicht anders als sozialräumliche, stadtteilorientierte Massnahmen verstanden werden. Der Stadtteil Brackwede erfordere angesichts des hohen Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund eine effektive Koordinierung und Vernetzung der Integrationsbemühungen vor Ort. In der Vergangenheit habe eine wirksam agierende Stadtteilkonferenz existiert, in der auch ein Vertreter des führenden Ausländerbeirates mitgewirkt habe. Integration vor Ort dürfe nicht dem Zufall überlassen werden. Der Migrationsrat halte die Einrichtung einer Stadtteilkonferenz für notwendig und begrüßte die Initiative. Er appelliert an die Bezirksvertretung, die Initiative zu unterstützen.

Herr Tsappos schlägt vor, folgende Änderungen in der Beschlussfassung aufzunehmen bzw. zu präzisieren:

Es wird einmal pro Jahr in der Bezirksvertretung und im Migrationsrat ein Bericht über die Arbeitsergebnisse der Konferenz gegeben.

Mit dieser Änderung wird über den Beschluss abgestimmt. Dem Vorschlag des Vorstandes mit der vorgeschlagenen Ergänzung wird mit zwei Enthaltungen zugestimmt.

Beschluss:

Für den Stadtbezirk Brackwede wird eine Stadtteilkonferenz eingerichtet, die überwiegend für Migrationsfragen zuständig ist. Sie wird von zwei Personen geleitet und koordiniert:

- verwaltungsseitig vom Stadtbezirksmanagement des Bezirksamtes
- einer Mitarbeiterin / einem Mitarbeiter einer sozialen Einrichtung (z.B. Sozialpädagoge/-in mit genauer Kenntnis der bezirklichen Probleme, nach Möglichkeit mit Migrationshintergrund).

Die Stadtteilkonferenz soll in folgendem Rahmen tagen:

- die Konferenz tritt mindestens viermal pro Jahr zusammen
- es besteht eine Anbindung an die politische Ebene (jede Fraktion der BV entsendet wenigstens ein Mitglied); Bericht einmal pro Jahr an die BV

Zu klären ist frühzeitig, wie das Verhältnis zur regionalen Jugendhilfekonferenz gestaltet werden soll. Nach zwei Jahren wird die Arbeit der Stadtteilkonferenz evaluiert und über den Fortbestand entschieden.

Mitglieder: alle Einrichtungen und Personen, deren Arbeit (oder Leben) vom Thema Migration in Brackwede berührt wird: z.B.: Migrantenvereine, Migrationsrat, Interkulturelles Büro, Jugendhilfe, Jugendzentren, Schulen, KiTas, Ge-

schäftsleute, Senioren, Sportvereine, Kirchengemeinden, Polizei, englische Streitkräfte. Die Mitgliederzahl sollte 15 nicht überschreiten.

Es wird einmal pro Jahr in der Bezirksvertretung und im Migrationsrat ein Bericht über die Arbeitsergebnisse der Konferenz gegeben.

* Migrationsrat - 23.11.2005 - öffentlich - TOP 5 - Drucksache 2009/1569 *-.-.-

Zu Punkt 6 Anfragen

Herr Turow nimmt Stellung zur Anfrage von Herrn Düger zur Änderung des § 39 der Aufenthaltsverordnung in der letzten Sitzung:

Mit Verordnung vom 14. Oktober 2005 wurden u.a. einzelne Bestimmungen der Aufenthaltsverordnung geändert. Die Anfrage des Herrn Düger bezieht sich auf eine Änderung des § 39 in dieser Verordnung.

Nach der bisherigen Regelung konnten bestimmte Personen den Aufenthaltstitel im Bundesgebiet einholen oder verlängern lassen, ohne dass die Notwendigkeit einer Ausreise und eines vorgeschalteten Visaverfahrens bestand. Es handelte sich u. a. um folgende Möglichkeiten für:

- Ausländer, die ein nationales Visum oder eine Aufenthaltserlaubnis besitzen;
- Ausländer, die vom Erfordernis der Visapflicht befreit sind oder Ausländer mit einem gültigen Schengen-Visum, sofern ein Rechtsanspruch vorliegt (z. B. durch Eheschließung oder Geburt eines Kindes);
- Asylbewerber oder geduldete Ausländer, sofern ein Rechtsanspruch vorliegt (z.B. durch Eheschließung oder Geburt eines Kindes).

Der § 39 der Aufenthaltsverordnung wurde dahingehend erweitert, dass nunmehr auch ein Aufenthaltstitel eines anderen Schengen-Staates ausreichend ist, um im Bundesgebiet eine Aufenthaltserlaubnis ohne ein vorgeschaltetes Visaverfahren zu beantragen, sofern ein Rechtsanspruch vorliegt.

Die Neuregelung kann insofern nur einen sehr kleinen Personenkreis betreffen, d. h. die Person muss in einem Schengen-Staat einen Aufenthaltstitel besitzen und hier in Deutschland die Voraussetzungen für einen Rechtsanspruch auf eine Aufenthaltserlaubnis erfüllen, z. B. durch eine Eheschließung.

Ein Studium oder eine Arbeitsaufnahme wären **keine** Aufenthaltsw Zwecke, die einen Rechtsanspruch begründen.

Es gilt somit weiterhin der Grundsatz, dass außerhalb der in § 39 aufgeführten Fälle der/die Betroffene mit einem erforderlichen Visum (z. B. zur Familienzusammenführung) einreisen muss. Ein pauschaler Verzicht auf ein Visaverfahren ist nicht geregelt worden.

In diesem Zusammenhang sei ihm der Hinweis gestattet, so Herr Turow, dass nach dem 31.12.2005 Lichtbilder in Aufenthaltstiteln und Ausweisdokumenten von der Ausländerbehörde einzudrucken sind. Dazu sind aktuelle Lichtbilder im Frontprofil von den Antragstellern vorzulegen.

Nach diesen Ausführungen geht Herr Turow auf die Fragen von Frau Adilovic-Berends, Herrn Erarslan, Herrn Düger und Herrn Sever ein.

Frau Vorsitzende Argyriadou dankt Herrn Turow für die aktuellen Informationen über rechtliche Änderungen.

Zu Punkt 7 Berichte aus den Ausschüssen

Herr Tas berichtet aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Von der Verwaltung wurde ein Bericht zur Jugendkriminalität vorgestellt. Die Migranten seien als Gruppe signifikant von Kriminalität betroffen. Er schläge vor, das Thema in einer Sitzung zu behandeln.

* Migrationsrat - 23.11.2005 - öffentlich - TOP 7 - Drucksache *-.-.-

Zu Punkt 8 Vorstellung der Arbeit von Frauennotruf e.V.

Frau Rosendahl beschreibt das Projekt Migrantinnen-Beratung im FRAUENNOTRUF Bielefeld e.V.:

Für viele Migrantinnen ist es besonders schwer, geeignete Unterstützung in Notlagen zu finden. Vielen ist die Struktur des deutschen Hilfsnetzes nicht bekannt. Der Frauennotruf e.V. bietet Beratung in türkischer und russischer Sprache an: jeweils zwei Stunden in der Woche Telefon-Beratungszeiten. Darüberhinaus persönliche Beratungen und Begleitungen in den Muttersprachen, die oft arbeits- und zeitintensiver sind.

Die Ziele und Inhalt des Angebots:

Der FRAUENNOTRUF Bielefeld e.V. ist eine Anlauf- und Beratungsstelle für Mädchen und Frauen aller Nationalitäten ab 16 Jahren, die **sexualisierte Gewalterfahrungen** erleben oder erlebt haben.

Sexualisierte Gewalt kann sein:

- (versuchte) Vergewaltigung
- Sexuelle Nötigung
- Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit
- Telefonterror
- Stalking
- und ähnliche Formen von sexualisierter Gewalt

II. Ziele des Beratungsangebotes für die betroffenen Mädchen und Frauen

- Professionelles, vertrauliches, kostenloses und auf Wunsch anonymes Gesprächsangebot
- Beendigung des Gewalterlebens, Herstellen äußerer Sicherheit
- Aktivierung eigener Handlungskompetenzen
- Stabilisierung der Klientin, Stärkung des Selbstvertrauens
- Stabilisierung des sozialen Umfelds, Vermeiden von Sekundärtraumatisierung
- Auseinandersetzung mit Anzeige, Gerichtsverfahren etc.
- Vermittlung von Therapeutinnen, Kliniken usw.
- allgemeine Unterstützung und Informationen

III. Weitere Ziele

- Verbesserung der psychosozialen Versorgung von traumatisierten Migrantinnen in Bielefeld
- Informationsvermittlung zum Thema sexualisierte Gewalt an Mädchen und Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen
- Erhöhung der Anzeigebereitschaft

IV. Die Umsetzung des Beratungsangebotes:

- telefonische und persönliche muttersprachliche Beratung
- Prozessvorbereitung und -begleitung
- Begleitung zu ÄrztInnen, TherapeutInnen und RechtsanwältInnen

- Begleitung zur Polizei und anderen, infolge des Gewalterlebnisses relevanten, Behörden oder Institutionen

V. Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit

- Öffentliche Veranstaltungen zum Thema sexualisierte Gewalt an Mädchen und Frauen, insbesondere gezielte Informationsveranstaltungen in alltäglichen Lebensbereichen von Migrantinnen
- Veranstaltung von Seminaren, Vorträgen und Fortbildungen für Institutionen, die mit Migrantinnen Kontakt haben (z.B. Polizei, JuristInnen, Weiterbildungseinrichtungen, weiterführende Schulen)
- Ausbau und Pflege der Kooperation und Vernetzung mit anderen Beratungsstellen für Migrantinnen, mit niedergelassenen ÄrztInnen und TherapeutInnen.
- Weiterentwicklung der Kooperation mit relevanten Institutionen (z.B. Polizei, Versorgungsamt)
- Mit verschiedenen Medien soll die Zielgruppe Migrantinnen umfassend angesprochen und erreicht werden, z.B. durch das Erstellen von fremdsprachlichen Materialien, die dann anderen Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden.
Dieser Bereich beinhaltet auch den Aufbau einer multinationalen Website des Vereins FRAUENNOTRUF.

Auf die Frage von Herrn Erarslan wie die Beratung konkret ablaufe, schildert Frau Rosendahl einen konkreten Einzelfall. Meistens erfolge die Kontaktaufnahme über eine deutschsprachige Kontaktperson. Es werde ein Termin vereinbart, um in der anschließenden Beratung das Anliegen zu erörtern. Die familiären und kulturellen Aspekte werden bei der Findung von Lösungswegen berücksichtigt. Die Unterstützung durch die Beraterin werde in dem Beratungsgespräch zugesichert. Einen besonderen Aspekt bei der Beratung von Migrantinnen stelle der Blick auf die Täter dar. Bei Sexualstraftaten handle es sich in der Regel um nahe Verwandte. In der Beratungsarbeit spiele die Familie häufig eine wichtige Rolle, da die Frauen diese nicht verletzen und verlieren wollen, aber gleichzeitig Wiedergutmachung für ihre Verletzung fordern.

Es melden sich Frau Biermann, Herr Sever und Frau Adilovic-Berends zu Wort. Frau Vorsitzende Argyriadou unterstreicht die Bedeutung des Themas. Sexuelle Gewalt werde oft tabuisiert, weil sie innerhalb des familiären Umfeldes stattfände. Der Migrationsrat werde die Arbeit des Frauennotrufes weitmöglichst unterstützen und hoffe auf eine enge Zusammenarbeit. Sie danke allen Mitarbeiterinnen und wünsche viel Erfolg bei der Bewältigung ihrer Aufgaben.

* Migrationsrat - 23.11.2005 - öffentlich - TOP 9 - Drucksache 2009/1317 *

Zu Punkt 9

Bericht der Verwaltung über Migrantenkulturarbeit in Bielefeld

Herr Laustroer erläutert die Vorlage der Verwaltung, Drucksache Nummer 1317, zur Migrantenkulturarbeit in Bielefeld. Die Migrantenkulturarbeit stütze sich auf zwei Säulen. Dies seien die klassische, sozio-kulturell orientierte Kulturarbeit mit und für Migranten und zum anderen die Präsentation von künstlerischen Werken aus Herkunftsländern der Migranten. Während der zuerst genannte Bereich im Programm des Kulturamtes aufgrund von Akzentverschiebungen in den letzten Jahren eher eine marginale Rolle gespielt habe, seien Produktionen aus dem zweiten Bereich ein fester Bestandteil des Kulturlebens in Bielefeld. Diese Programme öffneten den Blick des Publikums für die interkulturelle Zusammensetzung unserer Kommune. Insbesondere seien hier die Reihen zu nennen: Tanzfestival Bielefeld, Ohrenweide, Mittwochs auf der Burg,

Weltnachtfestival, Karnival der Kulturen. Der Anteil der Migranten unter den Benutzern werde nicht statistisch erfasst, entspreche aber dem Augenschein nach dem Anteil der Migranten an der Bevölkerung. Die Stellungnahmen der städtischen Kultureinrichtungen machten deutlich, dass die interkulturelle Arbeit in unterschiedlichem Maße Bestandteil ihrer Arbeit sei. Zum Beispiel berichte die Stadtbibliothek, dass die interkulturelle Literatur im Bestand dominierend sei. In der Musikschule entspreche die Anzahl der Schüler mit Migrationshintergrund in etwa ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung. Im Theater und im Kulturamt würden Angebote für Migranten zur Zeit nicht spezialisiert, sondern in die laufenden Programme integriert. Im Historischen- wie auch im Naturkundemuseum würden spezielle Angebote für Migranten ausgewiesen. Die Kunsthalle teile mit, dass sie sich auf diesem Gebiet nicht „qualifiziert“ fühle.

Nach diesen Ausführungen beantwortet Herr Laustroer Fragen der Mitglieder. Herr Tas bemängelt die Öffentlichkeitsarbeit des Kulturamtes in der ausländischen Bevölkerung. Die Migrantenselbstorganisationen würden über laufende Kulturprogramme sehr selten informiert. Er regt an, den Vereinen zukünftig Programme zukommen zu lassen. Herr Düger fragt nach dem Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund. Es scheine in der angegebenen Anzahl sehr hoch zu sein. Herr Sever wünscht einen interkulturellen Dialog, bzw. Dialog mit dem Migrationsrat. Die Vorschläge des Migrationsrates sollen bei der Konzipierung des Jahresprogrammes berücksichtigt werden. Frau Adilovic-Berends vermisst eine Beteiligung der breiten Migrantinnenbevölkerung als Kunden. Herr Koyun fragt, ob Vereine die Möglichkeit hätten, einen Antrag auf einen Zuschuss für ihre kulturellen Aktivitäten zu stellen.

Herr Laustroer sagt zu, zukünftig die Vereine über das Programm zu informieren. Auf die Rückfrage zu seiner Anmerkung, dass die Kunsthalle sich nicht „qualifiziert“ fühle, antwortet er, dass die Kunsthalle eine eigenständige Einrichtung sei und sich jeglichem Einfluss des Kulturamtes entziehe.

Zum Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund sagt Herr Laustroer, dass es sich um eine statistische Größe handle und gebe nicht die Wahrheit adäquat wieder. Ferner würden viele Kulturprogramme durch Sponsoren finanziert, so dass Sozialrabatte für Wenigverdienende nicht möglich seien. Für Schüler bestehe aber eine Ermäßigung.

Frau Rathsmann-Kronshage mahnt mehr Sensibilität und Berücksichtigung bei der jährlichen Programmgestaltung des Kulturamtes an, insbesondere bei der Planung und Durchführung der Programme für Kinder.

Die Vorsitzende Frau Argyriadou dankt Herrn Laustroer für seinen ausführlichen Bericht.

* Migrationsrat - 23.11.2005 - öffentlich - TOP 9 - Drucksache 2009/1317 *

-.-.-

Zu Punkt 10 Bericht zum Stand des bildungspolitischen Papiers des Migrationsrates

Frau Grewe erläutert anhand der Informationsvorlage (Drucksache Nummer 1629) zusammenfassend die Stellungnahmen der Verwaltung zu dem bildungspolitischen Papier des Migrationsrates. Die Vorschläge des Migrationsrates würden insgesamt positiv bewertet und für unterstützungswert gehalten. Einige der vorgeschlagenen Maßnahmen seien zum Teil umgesetzt oder befinden sich in einer Umsetzungsphase. Allerdings seien noch einige Fragen verwaltungsintern zu klären.

Nach der Erläuterung der Vorlage liest Herr Sever im Namen des Vorstandes

einen Beschlussvorschlag vor, dem der JHA und SchA folgen sollten. Herr Tsapos merkt im Namen seiner Fraktion an, dass er diesen Vorschlag des Vorstandes zum ersten Mal höre. Der Beschluss müsse doch schriftlich vorliegen, damit man sich vorher damit beschäftigen könne. Deswegen sehe er nicht die Möglichkeit, heute einen Beschluss, der an die Fachausschüsse gerichtet ist, zu verabschieden. Dem Einwand schliesst sich Frau Rathsmann-Kronshage an. Man könne auf einige Formulierungen in dem Entwurf lieber verzichten. Frau Argryiadou nimmt die Einwände auf und verkündet, den Beschlussentwurf allen Mitgliedern für die nächste Sitzung rechtzeitig zukommen zu lassen.

Frau Argryiadou, Kyriaki
Vorsitzende

(Schriftführer/in)
Sag